



PRESSEMITTEILUNG

22 Jahre Kriminalisierung von Kurdinnen und Kurden:

Politisch motiviertes PKK-Verbot muss fallen!

Am Freitag, 27. November 2015,

führt das Kurdische Gesellschaftszentrum Saarbrücken e.V. eine Demonstration durch.

Auftakt: 17.00 Uhr am Landwehrplatz.

Im November 1993 wurde in Deutschland das Betätigungsverbot gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) verhängt und diese im Jahre 2002 auf die Terrorliste der EU und der USA gesetzt. Es folgte eine Welle der Kriminalisierung gegen Kurdinnen und Kurden mit Ausgrenzung aus dem sozialen und politischen Leben. Derzeit befinden sich 8 kurdische Aktivisten in deutschen Gefängnissen.

2014 gab es erstmals Bewegung in der Bewertung der kurdischen Befreiungsbewegung: Gegen den Vormarsch des „Islamischen Staates“ in Syrien und im Irak haben vor allem Kräfte der PKK und mit ihr verbündeter Organisationen erfolgreich gekämpft. Die Rettung von mehr als Hunderttausend YezidInnen aus dem Shengal-Gebirge und die Verteidigung der Stadt Kobane gegen den IS stehen beispielhaft dafür. In allen politischen Parteien wurden daraufhin Stimmen laut, das PKK-Verbot zu überdenken.

Bis zum Frühjahr 2015 verhandelte die türkische AKP-Regierung mit dem inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan über einen Friedensprozess. Diesen kündigte die türkische Regierung allerdings einseitig auf, nachdem sie bei den Parlamentswahlen die absolute Mehrheit verlor. Seither setzt sie auf militärische Eskalation.

Rückendeckung hat die AKP durch die deutsche Regierung, mit der sie einen Deal geschlossen hat: Die türkische Regierung sorgt dafür, dass syrische Flüchtlinge nicht weiter nach Deutschland ziehen, und umgekehrt darf sie unkritisiert die kurdische Bevölkerung terrorisieren.

Anstatt die Kräfte in der Region zu unterstützen, die der islamistischen Entwicklung mit säkularen, demokratischen und gleichberechtigten Strukturen entgegentreten, trägt man zu ihrer Schwächung bei. So hat die Repression gegen kurdische Politiker in Deutschland wieder zugenommen, Abdullah Öcalan befindet sich wieder in Isolationshaft und die türkische Luftwaffe bombardiert statt IS-Stellungen solche Orte, an denen sie Kurden vermutet.

Wir fordern:

- Aufhebung des PKK-Verbotes**
- Streichung der PKK von der EU-Terrorliste**
- Freiheit für alle kurdischen politischen Gefangenen**

Kurdisches Gesellschaftszentrum Saarbrücken e.V. - St. Johanner Straße 66 - 66115 Saarbrücken

www.kgz-saar.de – info@kgz-saar.de

25. November 2015